

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 103 (2023)
Heft: 1109

Rubrik: Markt und Moneten ; Politik für Zyniker

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MARKT UND MONETEN

KI-Kommunismus bleibt Kommunismus

Dass die zentrale Planung im Kommunismus katastrophal gescheitert ist, weiss man. Güter, die niemand brauchte, waren im Überfluss vorhanden, andere dagegen fehlten. Leere Regale in den Lebensmittelmärkten und das Verfütern von Brot an Kühe waren schon damals sprichwörtlich. Im Vergleich zu den Resultaten der dezentralen Entscheidungsfindung in einer Marktwirtschaft schnitt die Zentralplanung in allen Beziehungen jämmerlich ab – vor allem hinsichtlich Effizienz, Qualität und Umweltverträglichkeit.

Mit dem Aufkommen von künstlicher Intelligenz (KI) wittern Sozialisten und planwirtschaftlich orientierte Ökonomen nun Morgenluft. Es muss doch möglich sein, glauben sie, mit diesen mächtigen Hilfsmitteln die Wirtschaft besser

zu steuern, als es die Millionen Konsumenten und Produzenten mit Nachfrage und Angebot tun. Die Aufrufe, vermehrt KI-basierte Datenanalysen in der Politik einzusetzen und damit verbundene Regulierungen zu erlassen, sind die ersten Verbote solcher Wunschträume.

Einem liberalen Menschen und Ökonomen müssen angesichts solcher Bestrebungen die Haare zu Berge stehen. Friedrich A. von Hayek hat immer wieder darauf hingewiesen, dass das Wissen und die Anreize zur Steuerung der Wirtschaft nie bei einer zentralen Planungseinheit liegen können, selbst wenn sie über alle Informationen verfügt.

Nur die Konsumenten und Produzenten können die Wirtschaft mit ihrem Wissen, ihren Präferenzen und ihren Verhaltensänderungen erfolgreich durch eine Welt im Wandel steuern und eine optimale Güterversorgung gewährleisten.

In einer KI-gesteuerten Wirtschaft steht nicht der freiwillige Tausch mit seiner hohen Effizienz im Zentrum. Die Gefahr ist daher gross, dass Parteimitglieder und Beamte bevorzugt und Dissidenten von gewissen Gütern ausgeschlossen werden. Nicht individuelle Präferenzen sollen zum Tragen kommen, sondern Macht und Zwang. Auch eine KI-gesteuerte Wirtschaft bleibt letztlich eine kommunistisch organisierte Planwirtschaft.



Alexandra Janssen

leitet die Vermögensverwaltung innerhalb der Ecofin-Gruppe. In ihrer Kolumne befasst sie sich mit den praktischen Erkenntnissen, die sich aus der ökonomischen Theorie ergeben.

POLITIK FÜR ZYNIKER

In Sippenhaft mit «Nazis»

Vor Wahlen haben Verdrehungen, Irreführungen und Verleumdungen Hochkonjunktur. Jüngstes Beispiel ist die Attacke der linken Kampagnenorganisation Campax, die der SVP Sympathien für Nazis unterstellt und die FDP gleich in denselben Topf wirft. Begründung: Die Freisinnigen in Zürich und anderen Kantonen würden die SVP unterstützen, weil sie bei den Nationalratswahlen eine Listenverbindung mit ihr eingegangen seien. Die Linke, die sich sonst Toleranz und faire Verfahren auf die Fahnen schreibt, setzt, wenn es um den politischen Gegner geht, auf Sippenhaft und Kontaktschuld.

Die Anschuldigung ist doppelt absurd. Zum einen ist die SVP keine Nazi-Partei. Keine Partei kann ausschliessen, dass es unter ihren Mitgliedern Leute mit zweifelhaften Ideen oder Kontakten gibt. Oder soll eine Parteimitgliedschaft nur mit Gesinnungskontrollen wie in totalitären Staaten möglich sein?

Noch absurder sind die Vorwürfe an die FDP. Würde man die gleichen Massstäbe an die SP anlegen, die regelmässig Listenverbindungen mit Linksaussenparteien eingeht, müssten die Sozialdemokraten als Kommunisten und Diktaturverherrlicher betitelt werden.

Listenverbindungen sind ein notwendiges Übel, um die Verzerrungen des Wahlsystems, das grosse Parteien bevorzugt, etwas abzufedern. In einem System, das die Parteistärken besser abbildet, wie etwa dem Doppelproporz¹, bräuchte es keine Listenverbindungen.

Listenverbindungen sind taktische Instrumente. Gerade kleine Parteien sind darauf angewiesen, weil sie sonst Gefahr laufen, Wähler zu verlieren, die ihre Stimme nicht an eine «chancenlose» Partei verschenken wollen. Letztlich muss sich jede Partei zwei Fragen stellen. Erstens: Mit welcher Listenverbindung maximiere ich die Chance, selber einen zusätzlichen Sitz zu gewinnen? Zweitens: Bei welcher Listenverbindung kann ich am besten damit leben, wenn der Partner dank «meiner» Stimmen ein zusätzliches Mandat erhält?

Dass die SP mit Grünen und Linksaussenparteien zusammenspannt, ist nachvollziehbar. Gleiches gilt aber auch für die FDP, wenn sie ihre Liste mit der SVP verbindet. Die Moralisierung solcher Allianzen ist ein billiger Wahlkampftrick.



Lukas Leuzinger

ist stellvertretender Chefredaktor dieser Zeitschrift. In seiner Kolumne schreibt er darüber, was Politiker sagen – und was sie dann tatsächlich tun.

¹ Im Doppelproporz werden die Sitze zunächst über alle Wahlkreise hinweg an die Parteien gemäss ihrer Wählerstärke vergeben, wodurch Verzerrungen innerhalb von Wahlkreisen ausgeglichen werden.